

18/1/2017

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Wissenschaft und Forschung stärken den Wirtschaftsstandort Brandenburg

Die Rahmenbedingungen für exzellentes wissenschaftliches Arbeiten und die Transformation von Forschungsergebnissen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen stimmen. Nur so können Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes leisten.

Sozialdemokratische Leitlinien für die Wissensgesellschaft sind hohe Bildungsbeteiligung, hohe Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen und offene Türen für lebenslanges Lernen.

Wir wollen noch mehr Studierende nach Brandenburg locken und einer Studierendenschaft unterschiedlichster Herkunft und Bildungsstände Vielfalt und Qualität bieten. Dazu gehört auch die Schaffung von bezahlbarem studentischem Wohnraum.

Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulstandorte in Brandenburg in Lehre, Forschung, Infrastruktur und Transfer von den neuen Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern profitieren. Damit die Bund-Länder-Finanzierung auch Brandenburg zugute kommt, müssen wir uns mit den neuen Bundesländern (und Berlin) abstimmen.

Für das Land heißt das konkret:

1. dass ab 2019 den Hochschulen im Sinne der Bund-Länder-Kooperation jedes Jahr zusätzlich 10 Millionen Euro mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Nur mit dieser stetig steigenden Grundfinanzierung wird es den Hochschulen gelingen, den deutlich gewachsenen Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden.
2. dass es sich für die „innovative Lehrerbildung“ stark macht. 6.000 der 20.000 Studierenden an der Universität Potsdam sind zurzeit Lehramtsstudierende. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Landesentwicklung geleistet. Durch die zusätzliche Bereitstellung von jährlich 5 Mio. Euro muss das Land zur Verbesserung der Studienqualität und Erhöhung der Absolventenzahl beitragen.
3. die Zahl der Studierenden zunächst auf mindestens 55.000 zu erhöhen, u. a. durch geeignete Motivation und ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen mit gutem Betreuungsschlüssel. Um die Wohnsituation für Studierende an Hochschulstandorten mit angespannten Wohnungsmärkten zu verbessern wird das Land die jeweils zuständigen Studentenwerke bei der Schaffung weiterer studentischer Wohneinheiten unterstützen, unter anderem durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Bauvorhaben, ein Wohnrauminvestitionspaket und gegebenenfalls die Bereitstellung geeigneter, sich in Landesbesitz befindender Flächen.
4. zusätzliche Schwerpunktsetzungen zur Profilbildung der Hochschulen zu unterstützen. Erfolgreiche Projekte z.B. im Bereich der dualen Studienangebote oder im Bereich des Transfers, die in der laufenden Legislaturperiode mit 100 Mio. Euro zusätzlich gestartet wurden, sind zu sichern und neue innovative Projekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen auf den Weg zu bringen.